

## Algerien: Entwicklungen zum Jahresbeginn – eine Bestandsaufnahme

### Geiselnahme auf dem Gasfeld bei In Amenas und die Krise in Nordmali

Das wohl wichtigste Ereignis in diesem Januar, das nicht alleine in Algerien, sondern auch weltweit die Berichterstattung und den sicherheitspolitischen Diskurs bestimmte, ist die 4-tägige Geiselnahme (16. bis 19. Januar 2013) auf dem Gasfeld von Tiguentourine durch islamistische Aktivisten - Dissidenten der terroristischen Gruppierung Al-Qaida im islamischen Maghreb. Die Gasförderanlage befindet sich im Süd-Osten Algeriens, etwa 1.500 Kilometer entfernt von Mali, ca. 200 Kilometer südlich der tunesischen Grenze sowie in unmittelbarer Nähe zu Libyen, unweit der Stadt Ghadamès, wo am 12. Januar 2013 die Premierminister Libyens, Tunesiens und Algeriens zusammen trafen, um über die Sicherheit ihrer Grenzen zu sprechen. Im Rahmen dieser Gespräche einigten sich die drei Regierungschefs u.a. auf eine gemeinsame Linie für den Grenzschutz, gemeinsame Grenzkontrollpunkte und die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.

Mit der von langer Hand vorbereiteten Operation und der Geiselnahme auf dem Gasfeld verlangten die Terroristen u. a. den Abbruch des französischen Militäreinsatzes im benachbarten Mali, der fünf Tage zuvor begonnen hatte. Über 800 Personen, die auf dem Gasfeld arbeiteten, befanden sich in der Gewalt der Terroristen. Die letzten Geiseln konnten am 19. Januar befreit werden. Durch eine zweite Operation der algerischen Armee konnte auch die Kontrolle über das Gasfeld wieder vollständig hergestellt werden. Nach der offiziellen algerischen Bilanz vom 21. Januar hatte das Attentat den Tod

von 37 ausländischen Geiseln, eines Algeriers und 29 Terroristen zur Folge.

Bereits seit mehreren Monaten versucht Algerien, die Folgen der Krise in Mali im eigenen Land abzufangen. Erst Ende Oktober 2012 hatte die algerische Armee 35.000 Mann an der Südgrenze zu Mali aufgestellt, um auf diese Weise eine militärische Mauer aufzubauen und die Infiltration durch jihadistische Elemente zu vermeiden. Auch weiterhin scheint der Staat davon auszugehen, dass terroristische Gruppierungen wie Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und Mujao, die sich bereits früher zu Attentaten gegen Algerien bekannt hatten und auch weiterhin Mitglieder der konsularischen Vertretung in Gao gefangen halten, Algerien mit dem Ziel infiltrieren werden, dort auch zukünftig Attentate zu begehen. Die jüngste Zusammenkunft von Algerien, Tunesien und Libyen für eine bessere Grenzüberwachung spiegelt die Gefahren wider, der die ganze Teilregion ausgesetzt ist.

Die Krise in Mali sowie ihre direkten und indirekten Auswirkungen auf die Sahelzone und Nordafrika stehen in Algerien notgedrungen auf der Tagesordnung. Trotzdem hat der algerische Staat immer den Weg des Dialogs einem Militäreingriff vorgezogen sowie wiederholt betont, dass noch Raum sei für Gespräche und eine politische Lösung. Algerien war zu Beginn der Krise in Mali einem Militäreinsatz gegenüber abgeneigt und voller Vorbehalte, wird jedoch gegenwärtig in eine Militäroperation internationalen Umfangs hineingezogen. In Algier weiß man, dass dieser sich als sehr blutig ankündigende Krieg ernstzunehmende Konsequenzen für das Land haben kann, das eine über 1300 Kilometer lange Grenze mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KAS LÄNDERBÜRO  
TUNESIEN/ALGERIEN/  
LIBYEN**

**08. Februar 2013**

dem malischen Staat teilt. Für die Algerier ist Nord-Mali auch immer Süd-Algerien, so dass in Abwesenheit einer Strategie, die entsprechend auch alle notwendigen politischen Akteure auf nationaler Ebene einbindet, die algerischen Behörden, Expertenansichten zufolge, vermutlich die falsche Wahl getroffen haben. Algerien vertritt auch weiterhin seinen Standpunkt in der Mali-Krise und bekräftigt, keine Truppen entsenden und auch keine ausländischen Truppen empfangen zu wollen. Dazu sei angemerkt, dass seit Beginn der Krise im Jahr 2012 annähernd 35.000 afrikanische Staatsbürger die Grenze nach Algerien überquert haben.

### **Aktuelle Entwicklungen in der politischen Landschaft Algeriens**

Neben der Geiselnahme bei In Amenas und dem Konflikt in Mali beherrschen weitere zentrale Themen die algerische Politik wie etwa die Rücktrittswelle in den Parteiführungen, die einen ersten Überblick darüber gibt, was das Jahr 2013 auf politischer Ebene bringen wird. Algerien durchlebt mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2014, welche auch die Verfassungsreform neu beleuchtet wird, ein Jahr des politischen Wettkampfes. So mussten bereits Führungspersonlichkeiten von drei demokratischen Parteien ihre Posten räumen: Saïd Sadi (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie, RCD), Hocine Aït Ahmed von der (Front des Forces Socialistes, FFS) und vor allem Ahmed Ouyahia (Rassemblement Nationale Démocratique, RND), der letztendlich einer tief greifenden Parteikrise zum Opfer fiel und nach 14 Jahren an der Parteitipitze auch den unfreiwilligen Abgang aus dem Regierungspalast antreten musste.

Der nächste auf der ‚Rücktrittsliste‘ sollte Abdelaziz Belkhadem sein. Seinen Rücktritt vom Amt des Generalsekretärs forderten alle der FLN (Front de Libération Nationale) angehörigen Minister, insgesamt acht an der Zahl, um Platz zu schaffen für eine neue Führungspersonlichkeit, die ihrer Meinung nach endlich einen Parteikonsens herbeiführen sollte. Der Reformflügel der Partei entschloss sich daher, alle Manöver Belkhadems sowie seines Politbüros zu durchkreuzen. Belkhadem selbst hielt jedoch an sei-

nem Posten fest, entschlossen, den Rückzug nicht freiwillig anzutreten. Am 31. Januar wurde er dennoch nach Abstimmung des Zentralkomitees der Partei seines Amtes enthoben. Um die Liste zu komplettieren, sei an dieser Stelle zudem erwähnt, dass Abou Djerra Soltani seinerseits ankündigte, dass er nicht für ein weiteres, drittes Mandat an der Spitze der MSP (Mouvement de la Société pour la Paix) kandidieren werde.

Gekrönt wurde diese politische ‚Schockwelle‘ am 23. Januar 2013 dadurch, dass 11 algerische Parteien Bouteflika aufforderten ‚abzuhauen‘ (dégage!). Sie beschuldigen den Präsidenten, ‚unmittelbar‘ in die Mali-Krise verwickelt zu sein. Während einer Konferenz im Parteisitz der MSP, die die Vorsitzenden der Parteien MSP, Ennahda, FJDC, FNA, El-Fedjr El-Djadid, FAN, RPR und PEP, sowie die Präsidenten verschiedener Organisationen zusammenführte, warfen letztere Bouteflika und seiner Regierung die im Alleingang gefasste Entscheidung über die Öffnung des algerischen Luftraumes für die französische Armee vor dem Hintergrund des Mali-Einsatzes sowie darüber hinaus sein Schweigen während und nach der Ereignisse in In Amenas, vor.

‚Kontinuität‘ spiegelt sich jedoch in der Wahl des Präsidenten des Rats der Nation (Conseil de la Nation), der zweiten Kammer des algerischen Parlaments, wider. Abdelkader Bansalah wurde erst im Januar mit absoluter Mehrheit (132 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen) wiedergewählt. Er war allerdings auch gleichzeitig der einzige Kandidat für den Vorsitz der Hohen Kammer des Parlaments.

### **Streik- und Protestbewegungen**

Im Verlauf des Monats Januar kam es im Land wiederholt zu verschiedensten Streik- und Protestbewegungen. So beschlossen die Angestellten der algerischen Post, einen Tag vor Beginn des neuen Jahres in den Streik zu treten. Dies hatte zur Folge, dass die Postschalter in allen Wilayas (so die Bezeichnung der algerischen Verwaltungsbezirke) des Landes für mehrere Tage ‚stillgelegt‘ wurden. Eine Maßnahme mit weitreichenden und direkten Konsequenzen für die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KAS LÄNDERBÜRO  
TUNESIEN/ALGERIEN/  
LIBYEN**

**08. Februar 2013**

algerische Bevölkerung. Da die algerische Post mit ca. 15 Millionen Postkonten das wichtigste Netzwerk für den landesweiten Geldverkehr ist, waren neben den Rentnern, die auf ihre Pension warteten, den Studenten, deren Stipendium nicht ausbezahlt wurde, auch Millionen weiterer Kunden betroffen, die weder Geld abheben, noch einzahlen, bzw. Zahlungsanweisungen aufgeben, oder ganz einfach Post versenden konnten.

Am 2. Januar ist es zudem auch in Ouargla erneut zu Unruhen unter Arbeitslosen gekommen. In Medea, ca. 140 Kilometer südlich von Algier, organisierten am 06. Januar knapp 1500 Funktionäre der Kommunalgarde einen Protestmarsch vor der Regionalverwaltung. Auch die Gewerkschaft der Krankenhäuser und weiterer Strukturen des Gesundheitsministeriums, der Nationalverband des öffentlichen Gesundheitssektors, zugehörig zur SNAPAP (Syndicat National Autonome des Personnels de l'Administration Publique), riefen ab dem 28. Januar zu einem dreitägigen nationalen Streik auf. Nicht zuletzt ist auch der Streik der Studenten der Polytechnischen Hochschule für Architektur und Städtebau, EPAU (Ecole Polytechnique d'Architecture et d'Urbanisme), in eine neue Phase getreten, die zu einer zunehmenden Verschlechterung der Situation zu führen droht, da mittlerweile bereits eine Aussetzung der gesamten Prüfungen erörtert wird. Die Kommunalgarden sind ebenfalls dem Aufruf ihrer nationalen Koordination gefolgt, Protest Sit-ins vor den Verwaltungssitzen der Wilayas des Landes abzuhalten. Auch die Mitarbeiter des Komplexes für Haushaltsgeräte des nationalen Unternehmens der Industrie der Elektrogeräte (ENIEM) traten in den Streik, so dass der gesamte Konzern nicht arbeitsfähig war.

Die Situation im Bildungsbereich der Wilaya Bouira im Norden des Landes gestaltet sich weiterhin schwierig. Lehrer, Schüler und Eltern interpellieren seit Monaten erfolglos an die Verantwortungsträger der Bildungsbehörde (Direction de l'Éducation). Auf Initiative der Lehrkräfte und unterstützt durch die Gewerkschaftsabteilungen (darunter auch Cnapest – Conseil national autonome

des professeurs de l'enseignement secondaire et technique) sind so gut wie alle Schulen der Wilaya am 30. Januar in den Streik getreten. Der soziale Protest scheint sich auf alle Bereiche auszuweiten, so auch auf das Außenministerium. Die Mitarbeiter des Ministeriums prangern eine Situation an, die sich am Rande der ‚sozioprofessionellen‘ Explosion befindet und deren Folgen unvorhersehbar sind. Auch sie drohen zu streiken.

#### **Offizielle Staatsbesuche im Januar**

Am 05. Januar führte der türkische Minister für Energie und natürliche Ressourcen, Tamer Yildiz, im Rahmen eines offiziellen zweitägigen Besuchsprogramms Gespräche mit seinen algerischen Amtskollegen. Am 07. Januar war der Emir von Qatar, Scheich Hamed Bin Khalifa al Thani, zu Gast in Algerien. Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy reiste am 09. Januar anlässlich des 5. hochrangigen Regierungstreffens der beiden Länder nach Algerien. Unterzeichnet wurden Abkommen in verschiedenen Bereichen, mit Schwerpunkt Zivilschutz, Kultur, Sport, Tourismus, Zusammenarbeit im Energie- und Industriesektor, Erleichterung der Visaerteilung, kulturelle Kooperation, sowie ein Verwaltungsabkommen bezüglich der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Zivilschutz abgeschlossen wurde. Am 13. Januar stattete der malische Premierminister, Diango Cissoko, dem Nachbarland einen zweitägigen Arbeitsbesuch ab, um mit den algerischen Verantwortungsträgern insbesondere über die Krise in Mali und die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu sprechen. Auch der britische Premierminister, David Cameron, weilte am 30. Januar, zwei Wochen nach dem Terrorangriff auf das Gasfeld von Tiguentourine, im Rahmen eines Arbeits- und Freundschaftsbesuchs in Algerien, um laut Aussage der algerischen Behörden den politischen Dialog zwischen den beiden Ländern zu stärken und die bilaterale Zusammenarbeit zu fördern. Im Gespräch mit Präsident Bouteflika wurden insbesondere regionale und internationale Fragen von gemeinsamem Interesse thematisiert, so auch relevante Sicherheitsfragen zum Schutz der britischen Unternehmen in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KAS LÄNDERBÜRO  
TUNESIEN/ALGERIEN/  
LIBYEN**

**08. Februar 2013**

Algerien. Vor diesem Hintergrund bekundete Cameron auch seinen Willen, eine Sicherheitspartnerschaft mit Algerien aufzubauen, um der aktuellen Terrorgefahr verstärkt zu begegnen.

#### **Sicherheitslage in Algerien**

Am 01. Januar sind 7 Mitglieder der ehemaligen Terrorgruppe GSPC (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat) während einer Operation der Kräfte der Nationalen Volksarmee (ANP), die das Maquis von Kedare, 15 Kilometer südlich von Boumerdes, durchkämmten, erschossen worden. Ebenfalls am 01. Januar wurde das Bürgermeisteramt von M'Kira, einer Gemeinde, die sich etwa 60 Kilometer südwestlich der Wilaya von Tizi Ouzou befindet, niedergebrannt. Zudem ist es in der Nacht des 27. Januar in Bouira im Norden des Landes erneut zu Angriffen terroristischer Gruppierungen gekommen. Ziel des Angriffes war dieses Mal der Wachposten der Gasfernleitungsstation von Ain Cheriki in der Gemeinde Djebahia, etwa 30 Kilometer entfernt von der Stadt Bouira. Bei dem Angriff wurden zwei Patrioten getötet und sieben weitere verletzt. Der Minister für Energie und Minen, Youcef Yousfi, hat den Willen ausgedrückt, die Sicherheitsvorkehrungen für die Einrichtungen sowie Öl- und Gasfelder des Landes zu erhöhen. Es sind außerdem etwa 100 zusätzliche Gendarme in der petrochemischen Zone von Skikda eingesetzt worden. Sie sollen die Soldaten und Polizisten unterstützen, die in hohem Aufgebot vor Ort sind, um die Sicherheit der Zone herzustellen, die sich über mehr als 280 Hektar erstreckt und nicht zuletzt auch verschiedene strategische Einrichtungen umfasst.

Zukünftig soll auch ein strengeres Sicherheitsprotokoll die ausländischen Firmen schützen, die in der Region aktiv sind. Trotz dieser Maßnahmen ist ein massiver Abzug ausländischer Beschäftigter aus In Amenas zu beobachten. Mindestens 250 ausländische Angestellte verschiedener Staatsangehörigkeit haben die Zone des Ölfelds in Hassi Moumene, in der Gemeinde Ain Salah, 700 Kilometer nördlich von Tamanrasset, in Folge des Terrorangriffs auf das Gasfeld von In Amenas verlassen. Auch die Firma Total

hat die Sicherheit ihrer Mitarbeiter in Algerien, sowie in anderen afrikanischen Ländern verstärkt und nach Aussage des Generaldirektors des französischen Erdölriesen, ebenfalls Rückführungen vorgenommen.

Vor diesem Hintergrund fand am 31. Januar in Algier ein Treffen der Prediger und Imame der Länder der Sahel-Region darunter insbesondere Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Algerien, statt, um über den wachsenden religiösen Extremismus zu sprechen. Eine gemeinsame und abschließende Erklärung über extremistische Denkweisen und die Ereignisse in Mali wurde am 31. Januar unterzeichnet. Die anwesenden geistlichen Würdenträger waren sich einig in der Verurteilung des zerstörerischen Denkens, das sich in der Sahel-Region verbreitet hat und das dem Ansehen des Islams und der Muslime nachhaltig schadet. Die Gründung der "Liga der Gelehrten und Prediger der Sahel Länder" wurde in diesem Rahmen offiziell verkündet.

#### **Geplante Großprojekte in Algerien**

Am 31. Dezember 2012 hat das staatliche Erdölunternehmen SONATRACH die Erschließung von zwei Öl- und Gasvorkommen, in Partnerschaft mit ausländischen Unternehmen, angekündigt. Die erste davon ist zusammen mit dem russischen Konsortium Gazprom in dem Perimeter von El Assel (Blöcke 236b, 404a1 und 405a1) im Bohrloch ZERN-1 (Zemlet Er Rekkab Nord-1) umgesetzt worden. Der zweite Fund ist gemeinsam mit den Unternehmen PTTEP (Thailand) und CNOOC (China) im Perimeter von Hassi Bir Rekaiz (Blöcke 443a-424a-414ext-415ext) im Bohrloch RHF-1 (Rhourde Rhorfat-1) gemacht worden. Zudem hat die belgische Gesellschaft Fluxy 32 Prozent der Anteile von Medgaz aufgekauft. So positioniert sie sich bereits heute im zukünftigen europäischen Netzwerk und greift der Vernetzung des französischen und spanischen Marktes vor.

Die nationale Volksversammlung (APN) hat am 21. Januar einen Gesetzentwurf über Kohlenwasserstoffe angenommen, der das Gesetz 05-07 von 2005 ergänzt. Trotz zahlreicher Vorbehalte in Bezug auf die Nutz-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KAS LÄNDERBÜRO  
TUNESIEN/ALGERIEN/  
LIBYEN**

**08. Februar 2013**

barmachung von Schiefergas hat die parlamentarische Mehrheit aus FLN und RND das Gesetz angenommen. Der Minister für Energie und Minen, der an der Plenarsitzung der Nationalversammlung teilnahm, erklärte, dass das Kohlenwasserstoff-Gesetz zur Stärkung des Potentials des Landes im Energiebereich beitragen werde und nicht zuletzt den langfristigen Bedarf vorsehe.

Im vergangenen Dezember ist zudem eine Vereinbarung über das Projekt einer Autofabrik unterzeichnet worden, die der französische Hersteller Renault in Oued Tlélat, in der Wilaya d'Oran, aufzubauen plant. Nach Aussage eines Vertreters des französischen Herstellers, soll das Projekt mehrere hundert Millionen Euro umfassen.

Am 29. Januar, nachdem die Instanz bereits seit 12 Jahren unbesetzt war, ist das neue Team des **Nationalen Konkurrenzrates (CNC)** offiziell von Handelsminister Mustapha Benbada ernannt worden. Außerdem sind künftig auch ausländische Ölgesellschaften der Steuerkontrolle unterworfen und müssen entsprechende Steuern, auch im Falle einer Nachzahlungsforderung, tatsächlich entrichten.

### **Wirtschaftsentwicklung - Perspektiven?**

Die Inflation in Algerien hat sich im Jahr 2012 nahezu verdoppelt und trifft die algerische Bevölkerung hart. Nach Einschätzung des Nationalen Amtes für Statistik sind die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr um 9 Prozent gestiegen. Damit liegt die jährliche Inflationsrate bei 8,9 Prozent. Sie lässt sich insbesondere durch den starken Preisauftrieb von insgesamt 21 Prozent für landwirtschaftliche Frischerzeugnisse erklärt.

Algerien steht aus ökonomischer und insbesondere sozialen Gesichtspunkten betrachtet, auch fünfzig Jahre nach seiner Unabhängigkeit weiterhin vor der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Diversifizierung. Der Wohlstand des Landes fußt auf einer Rentenökonomie, deren Wachstum sich primär nach der Entwicklung der Erdöl- und Gaspreise richtet. Es stellt sich daher die zentrale Frage, wann sich der algerische Staat einer Justierung seiner Wirtschaftspolitik

widmen, bzw. eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für das Land eruiieren und auch die längst überfälligen und notwendigen Reformen der staatlichen Institutionen in Angriff nehmen wird.

### **Résumé**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es zu Beginn des Jahres 2013 zu zahlreichen beunruhigenden Ereignissen gekommen ist und dass die politischen Herausforderungen, insbesondere auch mit Blick auf den erwarteten Termin der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014, die Algerier derzeit vor viele Fragen stellen. Die Streik- und Protestbewegungen zu Beginn des Jahres 2013 haben die wachsenden sozialen Spannungen im Land deutlich unterstrichen. Der algerische Staat wird langfristig nicht umhin kommen, sich neben zentralen Herausforderungen mit Blick auf die Außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung des Landes, in den nächsten Jahren verstärkt auch einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie zu widmen – einer entscheidenden Weichenstellung für die langfristige innenpolitische Stabilität des Landes.